STADT DÜLMEN

Sitzung Nr. HA-12.003
(Wahlperiode 2004-2009)

Niederschrift

über die **Sitzung des Hauptausschusses**
am Dienstag, 26.04.2005, im Sitzungssaal des Rathauses

- öffentlicher Teil -

Teilgenommen haben:

als Vorsitzender

Püttmann, Jan Dirk	CDU	

als Stadtverordnete

Bednarz, Waltraud	SPD	
Bickhove-Swiderski, Ortwin	SPD	
Brambrink, Markus	CDU	
Dipp, Rainer	CDU	
Droste, Heidemarie	CDU	
Hericks, Roland	CDU	
Hummelt, Franz-Josef	FDP	
Klaas, Dieter	CDU	
Kleerbaum, Klaus-Viktor	CDU	
Knoke, Irmgard	CDU	
Kreuznacht, Helmut	CDU	
Liesert, Georg	UWG	
Schneider, Ulrich	SPD	
Schotte, Regina	CDU	
Sondermann, Gabriele	CDU	
Stremlau, Elisabeth	SPD	
te Uhle, Regina	CDU	
Timmers, Peter	CDU	
Traud, Horst-Dieter	SPD	
Uckelmann, Jürgen	SPD	ab TOP 2
Wessels, Willi	CDU	
Wundersitz, Ralf	Grüne	

als Beratende Mitglieder

Tolksdorf, Hartmut	GAL	

als stellv. Stadtverordnete

Kümmel, Manfred	FDP	Vertretung für Herrn Dr. Norbert Eisler
Schlief, Olaf	SPD	Vertretung für Herrn Wolfgang Schreiber

vom Verwaltungsvorstand

Krollzig, Christa Erste Beigeordnete
Leushacke, Clemens Beigeordneter
Röder, Christian
Kerkhoff, Bernd

von der Verwaltung

Banke, Nicola
Büning, Berthold
Erckens, Wilfried
Grünkemeier-Strietholt, Jutta
Jebing, Ernst
Kötters, Ludger
Scharte, Julia
Schmude, Jürgen
Thier, Sandra
von Ziegler, Susanna

als Schriftführer

Stegemann, Marc

Es fehlten entschuldigt:

Eisler, Norbert Dr.	FDP
Schreiber, Wolfgang	SPD

Beginn der Sitzung: **16:30 Uhr**
Ende der Sitzung: **17:15 Uhr**

Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung

Top	Bezeichnung	Vorl.-Nr.
1.	Vorlage der Budget-Abschlussberichte 2004	091/2005
2.	Antrag der SPD-Fraktion vom 22.12.2004 - "Gegen rechtsradikale Tendenzen"	098/2005
3.	Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung und den Bürgermeister der Stadt Dülmen	097/2005
4.	Einrichtung einer Einigungsstelle bei der Stadt Dülmen nach § 67 LPVG NRW	084/2005

5.	Korruptionsbekämpfungsgesetz hier: Auskunftserteilung und Veröffentlichung über Mitgliedschaften und Ämter von Mitgliedern kommunaler Parlamente	087/2005
6.	Mitteilungen des Bürgermeisters	
7.	Anfragen von Stadtverordneten	

II. Nicht öffentliche Sitzung

Top	Bezeichnung	Vorl.-Nr.
8.	Bericht über Personalmaßnahmen des Bürgermeisters	094/2005
9.	Verwaltungsstreitverfahren und sonstige Streitverfahren der Stadt Dülmen (01.09.2003 - 31.03.2005)	077/2005
10.	Mitteilungen des Bürgermeisters	
11.	Anfragen von Stadtverordneten	

I. Öffentliche Sitzung

Zu Punkt 1 (091/2005) **Vorlage der Budget-Abschlussberichte 2004**

Begründung: Originalniederschrift Anlage 1

Protokollentwurf:
Die Berichte wurden zur Kenntnis genommen.

Kämmerer Röder berichtete zum Budgetbericht Haushaltswesen, dass das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Dülmen vom Landrat des Kreises Coesfeld mit Schreiben vom 05.04.2005 genehmigt worden und dementsprechend rückwirkend in Kraft getreten sei.

Stadtverordnete Bednarz erkundigte sich nach der Mietsituation in der Overbergpassage. Bürgermeister Püttmann erklärte, dass die gesamte Fläche der Passage vermietet sei. Die Abweichungen im Budget Liegenschaften/Wirtschaftsförderung seien vor allem durch Mietrückstände zu erklären. In dieser Angelegenheit würden zur Zeit die Möglichkeiten geprüft.

Erste Beigeordnete Krollzig sagte im Zusammenhang mit dem Budgetbericht Marktwesen, dass an einem Wochenmarkttermin vor den Sommerferien wieder ein „Kindermarkt“ geplant sei.

Zu Punkt 2 (098/2005)	Antrag der SPD-Fraktion vom 22.12.2004 - "Gegen rechtsradikale Tendenzen"

Begründung: Originalniederschrift Anlage 2

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Stadtverordnete Stremlau bedauerte die Ablehnung des Antrages der SPD-Fraktion. Die Begründungen in der Beschlussvorlage seien für sie nicht nachvollziehbar.

Bürgermeister Püttmann sagte, es sei erfreulich, dass in Dülmen sehr viel mehr als in anderen Kommunen zur Vermeidung extremistischer Tendenzen getan werde. Eine Bewertung der Gesamtumstände lasse erkennen, dass in Dülmen keine rechte Szene bzw. Tendenzen zu erkennen seien. Dies sei nach vielen Gesprächen mit verschiedensten Institutionen und Behörden als Ergebnis festzustellen. Des weiteren seien durch die Stadt Dülmen und andere Institutionen weitere Aktionen für die Gewährleistung eines friedlichen Zusammenlebens geplant.

Stadtverordneter Kleerbaum stimmte der Ansicht des Bürgermeisters zu und gab an, dass die Berichte der Verwaltung durchaus ausreichend seien. Man dürfe Extremisten keine Plattform in der Öffentlichkeit geben. Er regte an, dass sich alle Parteien an zukünftigen Maßnahmen beteiligen sollten. So z.B. bei der Veranstaltung am 08. Mai 2005 zum Kriegsende vor 60 Jahren. Die CDU-Fraktion werde sich an solchen Maßnahmen aktiv beteiligen. Er sehe hier die große Chance, dass alle Parteien geschlossen auftreten und somit ein Zeichen setzten.

Stadtverordneter Tolksdorf sagte, dass mit diesem Antrag zumindest die Diskussion angeregt würde. Damit sei schon ein Schritt in die richtige Richtung getan. Des weiteren wünsche er sich über die Entwicklungen in dieser Angelegenheit regelmäßige Berichte der Verwaltung.

Stadtverordneter Bickhove-Swiderski erklärte, dass er enttäuscht über die Ablehnung des Antrages sei. Mit diesem Antrag solle nämlich auch ein nachhaltiges Angebot zur Information und Prävention gegen Extremismus geschaffen werden.

Stadtverordneter Liesert gab an, dass eine große Chance vertan werde. Man müsse Brennpunkte erkennen und beseitigen. Weiter wäre es sinnvoll, wenn die Stellungnahmen der beteiligten Institutionen und Behörden allen Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben würden.

Bürgermeister Püttmann betonte nochmals, dass eine entsprechende Szene definitiv nicht vorhanden sei. Nachdem sich die Verwaltung sehr intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt habe, sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass auch keine rechten Tendenzen zu erkennen seien. Den Parteien sei es natürlich unbenommen, eigene Veranstaltungen zu organisieren. Zudem werde im Rahmen der Ordnungspartnerschaft in Zukunft verstärkt ein Schwerpunkt auf diese Thematik gesetzt. Zu den Entwicklungen würde dann in den Sitzungen des Hauptausschusses berichtet werden.

Beschluss:
Der Antrag der SPD-Fraktion vom 22.12.2004 wird abgelehnt**.**

Zu Punkt 3 (097/2005)	Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung und den Bürgermeister der Stadt Dülmen

Begründung: Originalniederschrift Anlage 3

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschluss:
Der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung und den Bürgermeister der Stadt Dülmen vom 17.12.1999 in der Fassung der I. Änderung vom 28.04.2005 wird zugestimmt.

Zu Punkt 4 (084/2005)	Einrichtung einer Einigungsstelle bei der Stadt Dülmen nach § 67 LPVG NRW

Begründung: Originalniederschrift Anlage 4

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschluss:
Bei der Stadt Dülmen wird die Einigungsstelle nach § 67 LPVG für die Dauer der derzeitigen Wahlperiode des Personalrates der Stadtverwaltung der Stadt Dülmen wie folgt gebildet:

a) Zum Vorsitzenden der Einigungsstelle der Stadt Dülmen wird

Herr Wolfgang Janzen, Richter am Amtsgericht Coesfeld,

zur stellvertretenden Vorsitzenden

Frau Ulrike Bruck, Geschäftsstellenleiterin der Agentur für Arbeit

benannt.

b) Die Einigungsstelle der Stadt Dülmen besteht neben dem Vorsitzenden und seiner Stellvertreterin aus je sechs vom Personalrat und von der Stadtverordnetenversammlung zu bestellenden Beisitzern.

c) Für die Einigungsstelle der Stadt Dülmen bestellt die Stadtverordnetenversammlung zu Beisitzern:

Herrn Berthold Büning (Beamter)
Fachbereichsleiter Jugend und Soziales, Gleichstellung

Herrn Klaus Kröger (Techn. Angestellter)
Fachbereichsleiter Bauordnung

Frau Astrid Wiechers (Beamtin)
Fachbereichsleiterin Stadtentwicklung

Herrn Paul Thesing (Beamter)
Bereichssprecher Personalwesen

Herrn Ulrich Kalwei (Angestellter)
Sachbearbeiter Personalwesen

Herrn Bernd Kerkhoff (Beamter)
Fachbereichsleiter Zentrale Dienste

Zu Punkt 5 (087/2005)	**Korruptionsbekämpfungsgesetz hier: Auskunftserteilung und Veröffentlichung über Mitgliedschaften und Ämter von Mitgliedern kommunaler Parlamente**

Begründung: Originalniederschrift Anlage 5

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Stadtverordneter Hummelt fragte, ob die Anzeigepflicht auch die Angabe der erhaltenen Geldleistungen beinhalte.

Bürgermeister Püttmann erklärte, dass diese Angaben nur von Hauptverwaltungsbeamten zu machen seien. In der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werde er hierzu einen entsprechenden Bericht geben.

Beschluss:

a) Das Anzeige- und Veröffentlichungsverfahren nach § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz wird in das Anzeigeverfahren nach der Ehrenordnung der Stadt Dülmen integriert. Eine separate Datenerhebung erfolgt nicht.

b) Die Informationen der Ausschussmitglieder und des Bürgermeisters werden im Ratsinformationssystem auf der Homepage der Stadt Dülmen veröffentlicht.

Zu Punkt 6	**Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es standen keine Mitteilungen an.

Zu Punkt 7	**Anfragen von Stadtverordneten**

Stadtverordneter Bickhove-Swiderski sagte, dass er von Bürgern gefragt worden sei, wer die Kosten im Zusammenhang mit Parteiveranstaltungen in öffentlichen Gebäuden trage. Im Besonderen ging es hier um die Veranstaltung der CDU am 26.04.05 im A.-v.-D.-Gymnasium.

Bürgermeister Püttmann erklärte, dass die Kosten für die Miete des Saales und des Mobiliars im Rahmen der allgemein gültigen Sätze von der CDU getragen würden.

Dülmen, den 15.02.2007

gez.

Püttmann
Bürgermeister

gez.

Stegemann
Schriftführer